



Freiheit Gleichheit Brüderlichkeit

**Zur gesellschaftspolitischen
Aktualität von Georg Büchner**

**16. Deutsch-Polnisches
Podiumsgespräch
Darmstadt, 5. November 2013**

**DEUTSCHES
POLEN
INSTITUT**



Darmstadt, 5. November 2013

Freiheit Gleichheit Brüderlichkeit

**Zur gesellschaftspolitischen
Aktualität von Georg Büchner**

**16. Deutsch-Polnisches
Podiumsgespräch**

mit

Prof. Dr. Rita Süßmuth

Prof. Dr. Gesine Schwan

Aleksander Smolar

Michał Sutowski

Moderation: Piotr Buras

Begrüßung: Prof. Dr. Dieter Bingen

**Dokumentation des überarbeiteten
Podiumsgesprächs**

**DEUTSCHES
POLEN
INSTITUT**

16. deutsch-polnisches Podiumsgespräch

Dieter Bingen: Sehr geehrte Damen und Herren, ich begrüße Sie herzlich zum 16. deutsch-polnischen Podiumsgespräch des Deutschen Polen-Instituts in der Darmstädter Orangerie, das unter dem Titel steht »Freiheit Gleichheit Brüderlichkeit« (man könnte auch Solidarität sagen) »Zur gesellschaftlichen Aktualität von Georg Büchner«. Insbesondere begrüße ich herzlich Frau Staatsministerin a.D. Ruth Wagner, Frau Staatsministerin a.D. Karin Wolff, zugleich Vorsitzende des Kulturausschusses des Hessischen Landtags, Frau Staatsministerin a.D. Prof. Evelies Mayer und Herrn Staatssekretär a.D. Prof. Joachim Felix Leonhard. Wir bedanken uns dafür, dass wir die Veranstaltung heute in diesem Rahmen durchführen können, bei der Sparkassenkulturstiftung Hessen-Thüringen für ihre Unterstützung.

Last but not least begrüße ich ganz herzlich die speziellen Gäste unseres Abends. Herzlich willkommen, Frau Prof. Gesine Schwan. Ich begrüße ganz herzlich Frau Prof. Rita Süßmuth, unsere Präsidentin. Liebe Frau Süßmuth, wir haben uns in den letzten Tagen und Wochen in fast regelmäßigen Abständen in unterschiedlichen Gesprächskonstellationen getroffen, in denen es nur um das Eine ging, über das wir heute Abend nicht sprechen, schließlich wollen wir uns die gute Stimmung nicht verderben lassen.

Witam serdecznie Aleksandra Smolara w Darmstadtzie. To pierwszy raz, że spotkamy się w tym miejscu, w tym mieście – centrum wiedzy o Polsce i pielęgnowania stosunków między Niemcami i Polakami w Niemczech. Herzlich begrüße ich Herrn Aleksander Smolar in Darmstadt, der das erste Mal an diesem Ort, in dieser Stadt ist, die ein Zentrum des Wissens über Polen und der Pflege der deutsch-polnischen Beziehungen in Deutschland ist. Ich freue mich sehr, dass Sie, eine intellektuelle Autorität in Polen und in Europa, unsere Einladung angenommen haben und heute mit uns diskutieren werden. Sehr herzlich begrüße ich auch den jungen Redakteur der anspruchsvollen linken Zeitschrift KRYTYKA POLITYCZNA.



Sie werden als Podiumsteilnehmer gleich von dem Moderator des Abends, Herrn Piotr Buras, kurz vorgestellt werden.

Lieber Piotr, mir bleibt es vorbehalten, dich vorzustellen, da dich noch nicht alle der zahlreichen Gäste hier kennen, obwohl du dir in den zurückliegenden Jahren schon einen Namen als junger Star am intellektuellen Sternenhimmel Polens mit einem starken Deutschlandbezug gemacht hast. Du kennst die intellektuellen und politischen Debatten in Deutschland aufs Beste. 2011 ist dein Buch *Muzułmanie i inne Niemce, Muslime und andere Deutsche* in Warschau erschienen. Wir warten noch auf die Übersetzung des Buches ins Deutsche. Piotr Buras ist Journalist, Autor und Experte in Fragen deutscher und europäischer Politik. Zwischen 2008 und 2012 arbeitete er als Kolumnist und Berliner Korrespondent für die angesehene und auflagenstärkste polnische Tageszeitung GAZETA WYBORCZA, deren Herausgeber Adam Michnik ist. Er begann seine berufliche Karriere in den späten 1990er Jahren im Zentrum für Internationale Beziehungen in Warschau, einem der bedeutendsten polnischen *Think Tanks*. Buras setzte seinen beruflichen Werdegang am Institut für Deutschlandstudien an der University of Birmingham und am Willy-Brandt-Zentrum für Deutschland- und Europastudien der Universität Breslau fort. Er war Gastprofessor an der Stiftung Wissenschaft und Politik in Berlin.

Das heutige 16. deutsch-polnische Podiumsgespräch wird im Rahmen der Landesausstellung »Georg Büchner – Revolutionär mit Feder und Skalpell« veranstaltet, die seit Mitte Oktober bis Februar nächsten Jahres im Darmstadtium gezeigt wird. Sie steht unter der Schirmherrschaft von Staatsminister Bernd Neumann und des Hessischen Ministerpräsidenten Volker Bouffier und ist der Höhepunkt der Georg Büchner Gedenkjahre 2012/13 sowohl in Hessen als auch bundesweit. Bei der Gelegenheit begrüße ich besonders Herrn Suhr von der Büchnerbühne in Riedstadt, der eine ganz spannende deutsch-polnisch-französische Inszenierung von drei avantgardistischen Theatergruppen in Posen, Bordeaux und Riedstadt (bei Darmstadt) zusammengebracht hat, um das Thema »Freiheit Gleichheit Brüderlichkeit« zu thematisieren. Die drei Gruppen haben sich jede für sich vorbereitet und sind nun zusammengekommen. Es ist ein großes Erlebnis, sich diese Theaterinszenierung anzuschauen. Sie wird im Februar

nächsten Jahres in den Kammerspielen des Staatstheaters Darmstadt zu sehen sein.

»Nichts kommt Einem doch in der Welt teurer zu stehen als die Humanität.«
Georg Büchner an Gutzkow, 1835. Meine Damen und Herren, die Persönlichkeit Georg Büchners und das Werk des jungen Unvollendeten laden zum Gespräch über die großen Fragen der Menschheit und der Menschlichkeit ein. Einigen uns wesentlich erscheinenden Fragen, die von Relevanz für die Gesellschaften in Europa und für Europa als Idee und als Wirklichkeit sind, wollen wir uns heute in dem deutsch-polnischen Gesprächskreis widmen. Deutsche und Polen haben aufgrund ihrer extremen historischen und politischen Erfahrungen und aufgrund ihrer intellektuellen Aufarbeitung der Extreme etwas ganz Besonderes zu Georg Büchners Gegenwartigkeit beizutragen, ohne hier als Büchner-Experten zu sprechen. Es geht uns hier nicht um die Exegese des Werks von Georg Büchner, sondern um die Fragen, die von ihm aufgeworfen wurden und die so aktuell sind wie eh und je. Büchner ist für uns der Anlass für eine freie Diskussion.

Ich wünsche Ihnen einen interessanten Abend und lade Sie jetzt schon zu einem Umtrunk im Anschluss an die Diskussion ein, zu dem Sie dieses Mal einen kleinen Obolus entrichten möchten. Ich wünsche Ihnen einen interessanten Abend und bitte jetzt die Diskutanten und den Moderator oben aufs Podium.

Piotr Buras: Meine Damen und Herren, ich darf Sie auch ganz herzlich als Moderator dieser Veranstaltung begrüßen. Es ist eine große Ehre und ein Vergnügen, diese Diskussion moderieren zu dürfen, eine Diskussion zur gesellschaftlichen Aktualität von Georg Büchner, wie Herr Bingen uns hier schon eingeführt hat. Die Frage, die wir uns stellen, hat die SÜDDEUTSCHE ZEITUNG vor etwa zwei Wochen bereits ziemlich eindeutig beantwortet, indem sie gleich auf der Titelseite in fetten Buchstaben feststellte: Büchner lebt. Und ja, Büchner lebt, daran kann es keinerlei Zweifel geben – und das in mehrerer Hinsicht, denn so hochkarätig und so sorgfältig organisiert unser Diskussionsabend heute hier sein mag, er ist bestimmt nur eine von vielen Veranstaltungen zu dem Thema, die hierzulande stattfinden. Dieter

Bingen hat diese grandiose Ausstellung hier in Darmstadt erwähnt. Stücke von Georg Büchner werden immer wieder aufs Neue entdeckt und interpretiert, wie etwa *Woyzeck* – in diesem Jahr von einem türkischstämmigen Regisseur verfilmt und in die Gegenwart des Berliner multikulturellen Untergrunds versetzt. Ein anderes Beispiel für die Aktualität Büchners aus dem Alltag: Ich bin heute am Hauptbahnhof in Darmstadt ausgestiegen und das erste, was ich gesehen habe, war ein kleines Häuschen mit dem Schild »Königreich Popo«, und das ist ja eine Erfindung Büchners, das war das erste, was mir ins Auge fiel. Das Häuschen war zwar ziemlich verlassen und heruntergekommen, aber das zeigt wahrscheinlich auch, dass Büchner irgendwie unter den einfachen Leuten und im Alltag angekommen ist.



Die Frage ist natürlich, verdankt Büchner seine Aktualität seinen der Zeit vorausgehenden Werken wie *Dantons Tod* oder *Woyzeck* oder eher seiner sozialkritischen Einstellung und seinem durchaus modernen Gesellschaftsbild, das er von den Werten der französischen Revolution ableitete? Aber die Frage ist wahrscheinlich auch falsch gestellt. Man kann doch gerade und wahrscheinlich vor allem bei Büchner das eine von dem anderen gar nicht trennen. Und darüber, wie wir heute Büchner lesen können, wie seine Zeitanalyse zu unserer Zeit passt, werden wir heute mit unseren verehrten Gästen diskutieren, die ich jetzt vorstellen möchte, obwohl, und da bin ich mir sicher, zumindest einige von ihnen einer Vorstellung gar nicht bedürfen.

Ich fange mit den beiden Damen an. Frau Rita Süßmuth, zehn Jahre lang Bundestagsvorsitzende, langjährige Bundestagsabgeordnete, zuvor Bundesministerin für Jugend, Familie und Gesundheit, zeitweilig auch für Frauen, wenn ich mich richtig erinnere, und Professorin für Pädagogik. Vor allem in ihrer politischen Laufbahn hat sie sich mit Themen beschäftigt, die hochaktuell sind, mit Migration und Integration, aber auch mit den deutsch-polnischen Beziehungen. Heute ist sie als Präsidentin des Deutschen Polen-Instituts tätig und so ist sie teilweise auch als Hausherrin da. Herzlich willkommen, Frau Süßmuth.

Frau Gesine Schwan ist auch dem DPI als Kuratoriumsmitglied verbunden. Im deutsch-polnischen Bereich ist sie wie kaum jemand anderer bekannt und verdient. Sie war Präsidentin der Europa-Universität Viadrina in Frankfurt/Oder und vier gar nicht leichte Jahre Koordinatorin der Bundesregierung für die deutsch-polnische Zusammenarbeit, darüber hinaus zwei Mal Kandidatin bei der Wahl zum Bundespräsidenten und zuletzt Mitbegründerin der Humboldt-Viadrina School of Governance, wo sie bis heute tätig ist. Das ist eine sehr verkürzte Vorstellung, aber mehr Zeit haben wir nicht. Frau Schwan, wir freuen uns sehr, dass Sie da sind.

Nun zu den beiden polnischen Gästen. Aleksander Smolar ist einer der profiliertesten und bekanntesten polnischen Kommentatoren und Intellektuellen. Er ist Präsident der Stefan-Batory-Stiftung, einer der größten und wichtigsten polnischen Regierungsorganisationen, und Wissenschaftler am Centre national de la recherche scientifique in Paris. Er hat polnische Regierungen beraten, in vielen Meinungsbeiträgen und Texten hat er sie auch heftig kritisiert. Auch in mehreren internationalen Gremien ist er tätig, unter anderem im European Council on Foreign Relations, in dem auch ich, wenngleich in einer wesentlich bescheideneren Rolle, mitarbeite. Aleksander Smolar, willkommen in Darmstadt.

Und *last but not least*: Michał Sutowski, Politologe und Publizist, Übersetzer, Redakteur von KRYTYKA POLITYCZNA, einer der hochangesehenen linken Zeitschriften, deren Ziele und Ideale vielleicht denen von Büchners besonders nahestehen, die aber viel mehr als eine Zeitschrift ist, sie ist vielmehr eine intellektuelle und politische Bewegung, die im polnischen Diskurs seit einigen Jahren eine große Rolle spielt. Michał, schön, dass du da bist. Und wie bereits von Dieter Bingen angedeutet, werden wir hier kein literaturkritisches Seminar abhalten, obwohl der etwas sperrige Titel das vielleicht doch nahelegen könnte. Vielmehr geht es uns um eine gesellschaftspolitische Diskussion über Polen und Deutschland heute, über die Herausforderungen, vor denen beide Gesellschaften heute stehen, ausgehend vom Werk Georg Büchners und seinen Idealen, von den Ideen, den Werten, die er vertreten hat. Wir wollen über die heutigen Probleme Europas sprechen, bei denen die Leitideen von Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit aufs Neue zu diskutieren sind. Um eine Brücke zwischen Büchners

Werk und der heutigen Realität zu schlagen, möchte ich unseren Gästen anfangs jeweils eine Frage stellen, ausgehend von den Texten Büchners. Ich würde gerne mit Frau Schwan beginnen, für die ich *Leonce und Lena* vorgesehen habe. Sie müssen sich nicht literaturkritisch dazu äußern, sondern vielleicht ein paar Gedanken zu der heutigen politischen Realität in Deutschland formulieren. *Leonce und Lena* ist eine Komödie, in der es um eine Liebesgeschichte geht, die aber zugleich auch als ein Stück Politiksatire gilt. Da wird die dekadente Lethargie in einem provinziellen Kleinstaat in Deutschland oder anderswo angeprangert, das »Königreich Popo« wird er genannt, und wenn ich mir die Debatten in Deutschland vor der Bundestagswahl vergegenwärtige, da war sehr viel die Rede von einer politischen Apathie, von einer neuen deutschen Selbstgefälligkeit und Sie, Frau Schwan, waren eine der Unterzeichneten des Manifests »Bewege jetzt«, wo Sie die politische Klasse zu einem mutigeren Vorgehen aufgefordert haben. Und meine Frage ist: Ist die Lage in Deutschland tatsächlich so desolat? Ist diese Kritik an den Politikern, an der politischen Klasse nicht doch ein bisschen überzogen? Vielleicht ist diese Politik, die wir erleben, einfach ein Zeichen unserer Zeit, von Unsicherheit, Unübersichtlichkeit, wo langfristige Strategien gar nicht möglich sind?

Gesine Schwan: Abgesehen davon, dass ich das Wort politische Klasse nicht so gerne habe, weil das eine Einheitlichkeit aller Politikerinnen und Politiker bedeutet, so eine Art Klassendefinition, von der ich denke, dass sie nicht berechtigt ist, meine ich aber, dass Sie eine interessante Parallele vom Königreich Popo zur Zeit vor der Wahl, aber auch nach der Wahl in Deutschland gezogen haben, und ich finde, sie leuchtet ein. Ich habe mich in der Tat auch sehr geärgert, wie von allen Parteien, vielleicht am wenigsten von den Grünen, aber auch da, jedenfalls auch von meiner eigenen Partei, zum Beispiel das, was außerhalb von Deutschland stattfindet, in Europa, als Thema so gut wie total vermieden wurde. Das ist provinziell, auch in dem Sinne, dass die, die das getan haben, mit allen möglichen wahltaktischen Kalküls gedacht haben, man könne den Deutschen eine aufgeklärte Sicht darüber, was in Europa stattfindet, welches die Ursachen der Krise sind – und es sind ja nicht nur irgendwelche auswärtigen, sondern auch



deutsche Ursachen der Krise – nicht zumuten. Und man könne ihnen nicht zumuten, dass auch sie gegebenenfalls, da ja alle Länder involviert sind, dafür einstehen müssen, dass wir bessere Lösungen finden. Das hat mich die ganze Zeit deprimiert.

Noch viel deprimierender finde ich die Koalitionsverhandlungen, weil ich das Gefühl habe, es geht schon wieder los. Wieder wird dieses Thema weggedrückt, wo es doch im

Wesentlichen um die Frage geht: Glauben wir wirklich, dass wir uns hier sozusagen im Auge des Taifuns um uns selbst drehen können, ohne uns das anzusehen, was in Europa passiert? Oder müssen wir endlich begreifen, dass Freiheit, im Sinne der politischen Korrektheit sage ich nicht Brüderlichkeit, sondern Solidarität, aber wir kennen ja alle die historischen Umstände, dass wir in diesem Sinne uns um Europa kümmern müssen und da für Wachstum sorgen müssen und so weiter. Es hat mich sehr beeindruckt, als ich schon vor ein paar Monaten las, dass die Krise in Deutschland ganz anders wahrgenommen wird als in allen anderen Ländern. Das ist ja schon sehr spannend, dass wir uns derartig auf unsere kleinen Problemchen konzentrieren im Vergleich mit den Problemen, die die anderen europäischen Länder zurzeit haben, dass wir gar nicht wahrnehmen, was da stattfindet; das ist ein klassischer Mangel an Empathie. Und wenn Demokratie ohne Empathie läuft, dann kann das nicht gut gehen. Das ist eine generelle demokratische Frage, aber natürlich auch eine europäische. Und insofern finde ich es wirklich beschämend und ich meine, wir müssen da sehr viel mehr tun, um aus dieser Situation herauszukommen. Wir müssen unsere Verantwortung für die anderen, die um uns herum leben, begreifen. Dass diese Satire auf die Kleinstaaterei im 19. Jahrhundert auf die Satire der Kleinstaaterei in Europa passen würde, das hätte man – sagen wir mal, vor dreißig Jahren – nicht gedacht, aber es ist jetzt wieder so.

Ein letzter Punkt dazu. Ich finde es sehr auffällig, wie zum Beispiel die Polen, die in der reinen Wirtschaftspolitik von der deutschen Bundesregierung gar nicht so weit entfernt sind, im Namen von Tusk und Sikorski usw.

immer wieder betonen, dass wir nicht mit dem Finger auf irgendwelche Leute zeigen sollen, die sich schlechter benommen haben, sondern dass wir solidarisch sein sollen. Alle haben das immer wieder in Polen gesagt; auch Sikorski, dem man fälschlicherweise unterstellt hat, er wolle gerne, dass die Deutschen noch mehr führen, im Sinne von »ihren Willen durchsetzen«. Aber so hat er das gar nicht gemeint, sondern er hat gemeint, er wolle gerne, dass die deutsche Bundesregierung weniger ihre engen deutschen Interessen im Auge hat und mehr im europäischen Interesse Führung in Europa übernimmt. Und hier ist eine solche Diskrepanz, dass ich finde, dass wir da allesamt miteinander aktiv werden müssen.

Piotr Buras: Vielen Dank, Frau Schwan, ich wollte den Punkt über die deutsche Europapolitik und Deutschlands Wahrnehmung der Krise in Europa aufgreifen und im zweiten Teil unseres Gesprächs darauf eingehen, aber bei einem Thema wollte ich noch nachhaken. Sie haben die Koalitionsverhandlungen erwähnt und diese werden nicht nur in Polen, sondern öfter auch in Europa diskutiert. Man fragt sich, was eigentlich eine große Koalition nicht nur für Europa, sondern auch für Deutschland bedeutet? Steckt dahinter nicht eine Gefahr, dass sich Deutschland quasi in eine Demokratie ohne Wahl begibt mit einer sehr schwachen Opposition und einer großen Koalition, die die Demokratie im Grunde beschränkt bzw. zu einem erheblichen Teil unmöglich macht?

Gesine Schwan: Ja, natürlich besteht diese Gefahr und ich selbst war auch immer ein Gegner. Auf der anderen Seite muss man aber auch sehen, dass es zu den Aufgaben von gewählten Politikerinnen und Politikern gehört, irgendwie dazu beizutragen, dass wir nach der Wahl eine stabile Regierung haben. Und da wir ein Proportionalwahlrecht und kein Mehrheitswahlrecht haben, passiert das immer wieder, dass dann in den Ländern oder auf der Bundesebene Koalitionen zustande kommen, die man sich vorher nicht gewünscht hat. Das ist so. Ich glaube auch, dass in diesem Parlament, in dem nur die Grünen und die Linken in der Opposition sitzen, eine erhebliche Gefahr besteht bis zu der Frage: Wer kann jetzt Kontrollausschüsse und Ähnliches einberufen? Da ist man ja anscheinend sogar bereit, auch

gesetzliche Änderungen vorzunehmen. Viel wichtiger ist aber aus meiner Sicht der Geist, in dem das Ganze geschieht. Dass die Bundeskanzlerin keine Minderheitenregierung machen wollte, war zuerst einmal eine Entscheidung, das muss man ihr auch überlassen, das muss sie entscheiden und da in Deutschland der Wunsch nach Stabilität sehr groß ist, hat sie, und sie hatte sicher auch ein paar andere Gründe, es von vorneherein abgelehnt, ein Minderheitenkabinett aufzustellen. Da lastete dann, denke ich, auf der SPD ein viel größerer Druck als auf den Grünen, eine solche Koalition einzugehen – es wurde pausenlos mit den Umfragen gewedelt, die eben sagen, dass die Mehrheit der Deutschen eine große Koalition haben will. Sicher gab es auch Stimmen dagegen, aber der Druck war groß.

Umso mehr ist es notwendig, dass in dieser großen Koalition jetzt nicht alles durcheinander geht, dass da jeder seinen eigenen Kopf behält, dass man weiter alleine denkt, sozusagen im Sinne von Kant und der Aufklärung, und dass man nicht derartig vorbeugend opportunistisch schon alles aus den öffentlichen Debatten ausschließt, was in irgendeiner Weise, irgendwann an einer Stelle, in irgendeinem Land für die Wahlen schädlich sein könnte. Dieser Wahlopportunismus, der ist inzwischen richtig beschämend. Und man muss als Politikerin und Politiker natürlich ein Gespür dafür haben, wo man anfängt, so aus der Reihe zu tanzen, dass eine Regierung nicht mehr möglich ist. Das geht nicht, das wissen wir alle. Ich bin auch nicht mehr jung genug, um so etwas befürworten zu können, aber man muss auch dafür sorgen, gerade in einer so großen Koalition, die dann auch wirklich vorübergehend sein muss, man muss dafür sorgen, dass die Palette der Argumente weiter in der Debatte bleibt bzw. dass es überhaupt zur Debatte kommt, das ist ja in der letzten Zeit gar nicht mehr passiert.

Und ich bin auch der Meinung, dass man für die zukünftigen Wahlen auf der Bundesebene – auf der Landesebene ist das schon gar nicht mehr nötig – das gesamte Spektrum der Parteien einbezieht. Ja, die Linke ist nicht meine Partei, ich bin gerne und bewusst Sozialdemokratin, aber von vorneherein zu sagen, die kommen nicht in Frage, halte ich für Unsinn. Man muss sehen, wo es eine gemeinsame Politik gibt, und soll nicht von vorneherein alles so ausgrenzen, dass letztlich für die nächsten 20 Jahre nur eine große Koalition zustande kommt – oder schwarz-gelb. Manche Gelbe

würde ich ja gerne in der Regierung haben, in Hessen habe ich gute Erfahrungen gemacht. Es gibt ja ganz tolle FDP-Politikerinnen und -Politiker, aber im Moment sind die nicht in der Mehrheit und wenn die wieder reinkommen würden, dann müsste sich wahrscheinlich auch einiges ändern in den Debatten innerhalb der Partei, das ist klar, da muss mehr Breite in die Thematik rein. Aber ich finde, wir müssen das gesamte Spektrum haben und wir müssen offener sein in Bezug auf Alternativen, davon lebt eine Demokratie.

Piotr Buras: Vielen Dank. Von den Niederungen der deutschen Politik kommen wir nach Polen zu Aleksander Smolar, dem ich eine Frage nach der Bilanz der polnischen Revolution von 1989 stellen möchte. Hier haben wir ein Votum für mehr konfliktorientierte Demokratie. Wie wir gehört haben, war in Polen diese Polarisierung in den letzten 20 Jahren sehr stark und ich wollte diese Frage ausgehend von dem Drama *Dantons Tod* stellen, über das bis heute unter den Literaturkritikern gestritten wird, weil man sich nicht einig ist, wem eigentlich die Sympathie Büchners galt, dem Titelhelden Danton oder Robespierre. Büchner schrieb in einem seiner Briefe, im Hinblick auf die Julirevolution von 1830, die ganze Revolution habe sich in Liberale und Absolutisten geteilt, und eine solche Spaltung, glaube ich, gab es auch in Polen. Diese Kontroverse, ob die polnische Revolution vollendet wurde bzw. ob sie ihr Versprechen einer freien und besseren Gesellschaft eingelöst hat, steht im Zentrum der Debatte. Und meine Frage ist: Wo stehen wir heute in dieser Auseinandersetzung mit der Geschichte der letzten 25 Jahre und was ist aus Ihrer Sicht, Aleksander Smolar, die Bilanz der Periode und was sind die größten Herausforderungen, vor denen wir stehen?

Aleksander Smolar: Bis 1989 war ich 18 Jahre lang politischer Emigrant in Frankreich. Zwei Szenen aus jenen Jahren sind mit dem Titel unserer Debatte und dem Problem der Revolution eng verbunden. Mit dem Geld der französischen Regierung machte Andrzej Wajda den Film *Danton*. Das war ein sehr guter, aber zugleich auch ein zutiefst konterrevolutionärer Film, insofern, als er gegen die revolutionäre Gewalt gerichtet war. Wir er-

leben in diesem Film eine Konfrontation unterschiedlicher Beweggründe, bei der jedoch weder Robespierre noch die Jakobiner gewinnen. Der Film löste einen gewissen Schock aus unter den damals regierenden Sozialisten, einschließlich des Präsidenten Mitterrand, der zur Premiere kam. Dieser Schock wurde hervorgerufen durch den Blick eines Polen auf ihre Französische Revolution, um die – besonders in linken Kreisen – ein großer Kult getrieben wurde. Für die Franzosen war so etwas damals nicht vorstellbar. Die zweite Szene, an die ich mich erinnere, hat ebenfalls mit der Französischen Revolution zu tun, und zwar im Gegensatz zu den friedlichen Revolutionen in Mitteleuropa 1989. Das Jahr 1989 war auch das Jahr eines runden Jubiläums, nämlich des 200. Jahrestags der Französischen Revolution. Mit riesigem Pomp wurden damals die Feierlichkeiten zum 14. Juli vorbereitet. Das war natürlich ein ganz großes Ereignis, aber sowohl diese Feier als auch die Revolution von 1789 selbst versanken fast sofort in einem Meer des Vergessens, verschwanden von einem Tag auf den anderen von den Titelseiten der Zeitungen, verdrängt von dem, was damals in Mitteleuropa geschah, angefangen in Polen, dann kamen ungeahnterweise auch noch die Tschechoslowakei und andere Länder hinzu. Man konnte förmlich mit ansehen, wie der große Mythos Frankreichs, aber auch der große europäische Mythos verblasste, verschwand und durch das, was damals im anderen Europa geschah, infrage gestellt wurde.

Die Debatten über das, was tatsächlich in Osteuropa geschah, gab es vom ersten Moment an. Jürgen Habermas erklärte mit ziemlicher Geringschätzung, es handle sich einfach um eine Revolution, bei der Verspätetes nachgeholt werde; Mittel- und Osteuropa täten einfach das, was der Westen 100 oder 200 Jahre zuvor getan habe. Auch der renommierte französische Historiker François Furet behauptete, dies sei gar keine Revolution, denn Revolution bedeute Kreativität, Gewalt und das Strömen der Massen auf die Plätze. Der konservative deutsche Historiker Ernst Nolte postulierte, wir hätten es hier in Wirklichkeit mit einer Konterrevolution zu tun, wobei er eine Formulierung des großen konterrevolutionären Denkers de Maistre benutzte, wonach es sich hier um das Gegenteil einer Revolution handle, denn es werde wieder das alte Regime eingeführt, mild und prächtig. Ralf Dahrendorf stellte – zusammen mit vielen anderen – fest, wir hätten

es im Osten mit einer Revolution der Freiheit zu tun, einer echten liberalen Revolution. So trugen die Veränderungen, die in dieser Zeit in Mitteleuropa vor sich gingen, sicher nicht die Merkmale klassischer Revolutionen – es gab in ihnen weder Gewalt noch eine revolutionäre Utopie, aber diese Veränderungen waren und sind außergewöhnlich tief greifend, im



Grunde genommen tief greifender als die mit den meisten anderen Revolutionen einhergehenden Veränderungen. Sie betrafen nicht nur das politische System und die gesellschaftliche Struktur, sondern stellten die gesamte Wirtschaft und auch das persönliche Leben auf den Kopf, sie wurden zu einem Alltagsproblem von Menschen, die oft bis heute nicht imstande sind, die Funktionsregeln einer liberalen und demokratischen Gesellschaft zu lernen, da sie – ich rede hier vor allem von der älteren Generation – durch ein völlig anderes System geprägt worden waren. Sie kennen dies in Deutschland durch die Erfahrung Ostdeutschlands, also kann man dies hier besser verstehen als etwa in Frankreich oder anderen Ländern. Für viele Millionen Menschen war das ein furchtbarer Schock. In Polen kam auch noch die radikale Transformation der Wirtschaft durch Balcerowicz hinzu. Dieser Schock war größer als anderswo, aber man muss auch sagen, dass Polen am schnellsten aus dieser tiefen Krise herausgekommen ist. 1992 hatte Polen bereits ein positives Wirtschaftswachstum. Und bis heute ist Polen das einzige Land, das keine Krise erlebt hat und das in den letzten Jahren keinen Produktionsrückgang hatte. Polen hat sich als Land ungeheuer verändert, und in den Meinungsumfragen beurteilt eine Mehrheit der Polen die Wende von 1989 positiv. Das war nicht immer so. Jetzt schmilzt der Vorsprung der Optimisten vor den Pessimisten deshalb, weil sich die Situation verschlechtert. Außerdem haben natürlich nicht alle von diesen Veränderungen profitiert. Das waren sehr brutale Veränderungen, durch die die gesellschaftlichen Gräben sehr viel tiefer geworden sind. Auch durch das Auftauchen der Arbeitslosigkeit, die unter der Herrschaft

der Kommunisten als offene Arbeitslosigkeit nicht existent war. Das heißt, der Schock war ein wirtschaftlicher, materieller Schock, der mit sozialem Aufstieg, oft aber auch einer schmerzhaft empfundenen sozialen Degradierung einherging, der Familien zerstörte und außergewöhnlich traumatische Erfahrungen mit sich brachte. Die Tiefe dieser Veränderungen und das Ausmaß des Traumas, das mit ihnen einherging, werden im Westen unterschätzt.

Übrigens haben wir in unseren Ländern nicht einmal vernünftige Literatur, die diese Revolution im Hinblick auf die Tiefe der Veränderungen im kollektiven wie auch im individuellen Leben der Polen beschreiben würde. Sie wissen sicherlich, dass nach der Flugzeugkatastrophe am 10. April 2010, bei der Präsident Lech Kaczyński starb, ein Teil der polnischen Bürger der Darstellung, dies sei ein gewöhnlicher Flugzeugabsturz infolge menschlichen Versagens gewesen, keinen Glauben schenkte. Verschwörungstheorien tauchten auf, die die Schuld vor allem den Russen, konkret Putin und seinen angeblichen Seilschaften in der polnischen Führung zuschreiben. So denkt ein beträchtlicher Teil der Bevölkerung, etwa 20–30%. Momentan scheint sich dieser Anteil zu verringern. In jedem Fall ist dies jedoch Ergebnis eines Traumas. Es ist die Suche nach rationalen Erklärungen für Ereignisse, auf die man keinen Einfluss hat. Es ist Ausdruck eines Liliput-Komplexes von Menschen, die von diesen tief greifenden historischen Prozessen überfordert sind und keine Antworten finden, was man tun kann, wie man es tun kann und wie man leben soll. Dieses Beispiel ist deswegen sehr wichtig, weil es das heutige politische Leben Polens mit prägt. Und natürlich ist es kein Zufall, dass wir unter den Sympathisanten solcher Verschwörungstheorien hauptsächlich Anhänger von Jarosław Kaczyński finden, dem noch lebenden Bruder des Ex-Präsidenten und Vorsitzenden der Partei »Recht und Gerechtigkeit« (PIS). Unter denen, die solchen Verschwörungstheorien anhängen, überwiegen oft ältere und weniger gebildete Menschen, eher aus der Provinz als aus den großen Städten. Das ist die soziale Gruppe, die den höchsten Preis für die Veränderungen gezahlt hat. Man kann sagen, dass Polen als Land einen solch außergewöhnlichen Erfolg errungen hat, dass sehr viele Beobachter, wie kürzlich auch der unlängst verstorbene Tadeusz Mazowiecki, ein herausragender Staatsmann

und der erste Ministerpräsident des freien Polen, festgestellt haben, Polen habe seit vierhundert Jahren keine derartige Hochkonjunktur gehabt. Das bedeutet, wir haben eine phantastische Zeit für die Entwicklung Polens, sowohl aus innenpolitischer als auch außenpolitischer Sicht. Eine wichtige Rolle spielen hierbei die Mitgliedschaft in der EU, die guten Beziehungen zu Deutschland, die ordentlichen Beziehungen zu Russland, auch zur Ukraine; eigentlich zu allen Nachbarn, außer vielleicht zu Lukaschenko in Weißrussland, aber das sind die schlechten Beziehungen zu Lukaschenko und nicht zu Weißrussland. Gleichzeitig gibt es tief sitzende Ängste, die historische Ursprünge haben, zu denen Zukunftssorgen im Zusammenhang mit der Situation in Europa, mit einer möglichen Verschlechterung der Konjunktur in Polen kommen. Darüber werden wir im zweiten Teil unseres Gesprächs reden. Ich danke Ihnen.

Piotr Buras: Vielen Dank, Aleksander Smolar, du hast den Liliput-Komplex erwähnt, ich werde danach noch Michał Sutowski fragen, welche politischen und gesellschaftlichen Folgen eben dieser Komplex in der polnischen Gesellschaft hat. Aber bevor ich dazu komme, möchte ich eine Frage an Frau Süßmuth richten. Eine Frage, die sich auf Woyzeck bezieht, das erste, wie viele sagen, sozialkritische Drama der Literaturgeschichte, in dem Probleme der Ungleichheit, der Menschenverachtung und soziale Hierarchien angesprochen werden. Woyzeck wird von der Gesellschaft, unter anderem symbolisiert durch den Hauptmann, ausgenutzt und gedemütigt. Sein Mord an seiner geliebten Marie kann als eine Form des Protests gegen die bestehenden Verhältnisse, gegen die etablierte Klasse verstanden werden und wenn man das auf die heutige Realität bezieht, dann gilt Deutschland eigentlich als eine Insel der Seligen, zumindest wenn man als Maßstab die Realität in anderen europäischen Ländern nimmt. Die Statistiken aber sprechen eine etwas andere Sprache als die geläufige Meinung. Die materiellen Ungleichheiten sind in den letzten Jahren massiv gestiegen, die Aufstiegsmöglichkeiten gelten für viele als blockiert. Frau Süßmuth, wo sehen Sie heute in Deutschland die größten Gefahren für den Zusammenhalt der Gesellschaft und ihre liberaldemokratische Verfassung?

Rita Süßmuth: Zunächst möchte ich mal antworten: Ich möchte Deutschland Woyzeck ersparen – und nicht nur Deutschland, sondern ganz Europa und der Welt. Denn vom Wahnsinn, von der Aussichtslosigkeit getrieben zu sein, das kann man niemandem wünschen. Wir meinen vielleicht, so weit kommt es nicht, aber in manchen Ländern erleben wir – und ich brauche gar nicht nach Afrika zu gehen, ich bleibe mal in Europa und beginne mit Griechenland –, welche Verzweiflung da herrscht.



Es ist schlimm, die Situation gerade von jungen Menschen zu sehen, aber auch von den älteren, die getrieben sind von Armut und Aussichtslosigkeit. Wenn ich in Portugal bin, wenn ich in Spanien bin, begegnet mir Ähnliches. Überall hört man: Euch geht es so gut, ihr denkt nur an euch und habt uns nicht im Blick. Das ist also weit entfernt von dem, was hier Brüderlichkeit hieße. Und ich sehe eine besondere Gefahr, auch in Deutschland: So froh wir auch sind, dass wir uns im Augenblick in einer günstigeren wirtschaftlichen Situation für viele befinden, wir können sehr rasch in einen konjunkturellen Abstieg geraten. Sind wir darauf eigentlich vorbereitet? Ist das in unseren Köpfen präsent und wie zeigt sich das im Umgang mit den besonders Betroffenen? In dem Maße, wie wir die Armut von Kindern, die Armut von Frauen, von Behinderten, von Migrantinnen herunterspielen, sehe ich eine große Gefahr für den Zusammenhalt. Und immer wieder sind wir schnell dabei zu sagen: Ihr seid selbst schuld.

Die Polen dagegen haben die Schwäche, aber auch die große Stärke, dass sie nach wie vor über Persönlichkeiten verfügen, die so etwas nicht äußern würden. Das habe ich gerade wieder erlebt angesichts des Begräbnisses von Mazowiecki. Da habe ich gedacht, wenn die christlichen Botschaften, unter dem Motto Liebe, und das war das Thema bei Mazowiecki, so verbreitet würden, wie es dort wie in einer Art Volkskirche geschehen ist, würde es ganz Europa besser gehen. Wir brauchen unsere Nachbarn nicht nur für

unsere Absatzmärkte, sondern für unseren eigenen Zusammenhalt, für unsere Fähigkeit, kreativ zu sein. Im Augenblick fürchten wir uns offenbar, etwas zu tun, was wir bisher nicht getan haben. Ich gebe Ihnen ein Beispiel: Es wird ständig über die Rente geredet. Seit den 80er Jahren wissen wir, dass wir in dieser Weise nicht weitermachen können, das Wort Grundsicherung darf man jetzt in den Mund nehmen, aber das darf nicht praktiziert werden. Ich nenne ein weiteres Beispiel: Die Gesundheitsreform steht in Polen an, auch bei uns. Ich habe den Eindruck, wir wagen es nicht, den Menschen die Wahrheit zu sagen, wo wir wirklich stehen und was wir an Aufgaben anpacken müssen. Sobald wir eine Rezession haben, ruft niemand mehr nach einem Migranten. Wir haben jetzt schon die Teilung in gute und unerwünschte Migranten, sonst würden wir nicht in einer solch pauschalen Weise über all die sprechen, die unerwünscht in Deutschland sind und Potenzial und Qualitäten haben. Ob wir dann diesen bösen Geist in der Flasche lassen, bin ich mir nicht sicher.

Wenn ich das jetzt so nachdrücklich gesagt habe, dann möchte ich aber auch betonen: Wir sind nicht schwach. Ich habe oft Gelegenheit, Menschen in der Zivilgesellschaft zu erleben, die inzwischen sagen: Wir warten nicht mehr, bis die da oben ansetzen, wir fangen schon mal selbst an. Sie erhalten Einrichtungen, sei es im Bereich der Pflege, sei es im Bereich der Jugendarbeit, die unter die freiwilligen Leistungen fallen, und bauen das selbst auf. Wir reden ständig von dem großen demografischen Problem, dass wir älter werden. Ja, es ist ein Problem, aber mit vielen Chancen, die wir nur nicht sehen. Wenn ich bedenke, wie ich ältere Menschen noch in den 70er und 80er Jahren wahrgenommen habe, mit 60 und 65, und heute, dann muss ich sagen, das ist eine andere Generation. Wir nutzen sie bisher nicht. Ich habe in den 80er Jahren ständig nur etwas von Pflege und Betreuung gehört, bis man diese Wörter nicht mehr hören konnte. Das lähmt die Menschen. Sie haben sich jetzt selbst aufgemacht und gesagt: Wir nehmen unser Leben selbst in die Hand, wir bilden Netzwerke, heißt es ja heute, wir denken wieder an genossenschaftliche Aufgaben, an Zusammenarbeit und das ermutigt mich. Und deswegen bin ich viel unterwegs, um zu lernen. Und glauben Sie nicht, dass wir Politik nur mit unseren Köpfen am grünen Tisch machen können. Wir müssen lernen rauszugehen und mit den Men-

schen unsere ungelösten Probleme zu besprechen. Ich kann nicht predigen, was richtig oder falsch ist. Das ist so relativ geworden. Das müssen wir miteinander diskutieren, wir müssen den Menschen auch Orientierung geben, damit sie sich nicht völlig verloren fühlen.

Ich habe in den letzten Jahren viel von Polen gelernt. Unsere Sprechfähigkeit gegenüber Russland, die abgebrochen war – ohne die Polen wären wir überhaupt nicht wieder sprechfähig geworden. Mit einem damaligen Außenminister Rotfeld wurden trotz Smolensk und der Verschwörungstheorien wieder Sprechmöglichkeiten eingeführt. Polarisierung mag ja eine tolle Sache sein. Ich bin sehr für Streit, wenn er etwas klärt, Polarisierung um der Polarisierung willen aber richtet ein Volk zugrunde, weil es dann nicht mehr in der Lage ist, den anderen so ernst zu nehmen wie sich selbst. Und noch etwas: Bei den Beziehungen zu unseren östlichen Nachbarn ist es ganz entscheidend Polen, das die Brücken schlägt, ob es die baltischen Staaten sind, ob es die Ukraine ist, ob es Weißrussland ist. Immer sind es die Polen, die die Brücken schlagen. Und was eben Gesine Schwan gesagt hat, diese Wahrnehmung vom polnischen Außenminister Sikorski, der hat uns eine ganz andere Botschaft gegeben, als wir verstanden haben. Ich weiß auch nicht, ob er da primär als Europäer gesprochen hat. Lassen wir das offen. Aber was wir nicht hören wollten, war, dass wir dieses Europa viel wichtiger nehmen müssen, als wir es im Augenblick tun. Wir werden wieder klagen und stöhnen, wenn die Europawahl ausfällt, wie wir es erwarten müssen. Glauben Sie nur nicht, dass die AfD ihren Kampf schon aufgegeben hat. Aber wenn wir nicht in der Lage sind zu kommunizieren, den Menschen zu vermitteln, warum uns dieses Europa wichtig ist, dann können wir auch nicht erwarten, dass sie für Europa eintreten. Nur mit der Frage des Friedens ist das nicht mehr zu machen. Der Geist, der die Vorgeneration geleitet hat, der ist fast weg wie auch der Geist der Dissidenten. Ich hätte nie geglaubt, dass der in Mittel- und Osteuropa so schnell verschwinden würde. Wir brauchen ihn aber, denn darin liegt ein Freiheitsverständnis, das sich immer gesehen hat als ein Nicht-Aufgeben der Freiheit, als gebundene Freiheit mit Verantwortung, Eigenverantwortung und Fremdverantwortung und Solidarität, Solidarność.

Mir wird das von Monat zu Monat wichtiger und ich frage mich: Welche

Haltung müssen wir da wieder bei uns Älteren, aber auch bei der jüngeren Generation fördern? Nur mit der kurzen Frage, ob wir uns etwa noch mehr verschulden wollen, ist das nicht erledigt. Wir sehen überhaupt nicht mehr, woher wir unseren Wohlstand nehmen. Den ziehen wir aus diesem Europa, und zwar nicht nur als Wohlstand, sondern auch als Möglichkeit, unser Sozialleben nach bestimmten Standards noch immer zu erfüllen. Deswegen möchte ich Sie einfach ermuntern, Sie sind viel stärker, als Sie annehmen. Als Frauenpolitikerin habe ich gelernt: *empowerment*, Menschen stark machen, das ist die beste deutsche Tradition, dafür brauchen wir nicht mal dieses englische Wort. Aber mit schwachen Menschen kann man das nicht machen, sondern nur mit starken Individuen. Wir haben eben über die Bundestagswahl gesprochen, da war ich in der Tat auch enttäuscht von unseren Parteien – bloß jedes Thema liegen lassen, das schwierig ist. Aber ich war auch von unseren Bürgerinnen und Bürgern enttäuscht, die hätten ja zulegen und zupacken können. Wir haben in den letzten 14 Tagen ja gesehen, da war Musik drin. Wenn wir nichts wagen, können wir auch nichts gewinnen.

Piotr Buras: Vielen Dank, Frau Süßmuth, Sie haben viele Themen angesprochen, darunter auch das zentrale Thema heute, Europa, auf das wir im Laufe der Diskussion noch zu sprechen kommen werden. Ich wollte aber etwas ganz anderes aufgreifen, was Sie ganz am Anfang sagten, dass Sie Europa und Deutschland Woyzeck ersparen wollen und Herr Smolar hat gerade von dem Liliput-Komplex gesprochen, der sich aus dem Gefühl der Ratlosigkeit, der Orientierungslosigkeit speist und das ist ja etwas, was man in ganz Europa beobachten kann. Ich glaube, Polen ist kein Einzelfall, aber ich wollte Michał Sutowski als Vertreter einer jungen, dynamischen und kritischen Bewegung in Polen eben nach den Wegen aus diesem Dilemma fragen. Büchner, dem eben diese Themen besonders nahe waren, also soziale Spaltungen, Revolution, das Verhältnis zwischen Arm und Reich, das waren die großen Themen, die Büchner bewegt haben. Er hat das berühmte Flugblatt *Der hessische Landbote* verfasst und es ist keine Überraschung, dass ich eben das für Michał Sutowski reserviert habe. Dieses Flugblatt ist vor allem durch den viel zitierten Aufruf »Friede den Hütten, Krieg den

Palästen« bekannt geworden und meine Frage an Michał ist: Wie groß ist das Protestpotenzial in Polen heute auch in der jungen Generation und gegen wen richtet sich dieser Protest, wenn es ihn überhaupt gibt, und welche Formen nimmt er an? Ist er politisch oder nutzt er vielleicht andere Kanäle?

Michał Sutowski: Ein Mann der Linken sollte von vornherein Optimist und vielleicht auch Revolutionär sein. Ich weiß nicht, ob dies die Quintessenz meines Beitrags sein wird, wir werden sehen. Was das Protestpotenzial in Polen angeht, so war in den 90er Jahren das Trauma der Transformation zweifellos riesig, aber vor allem für die ältere Generation, und zwar deshalb, weil die Schwierigkeiten zwar alle betrafen, aber die jüngere Generation wenigstens eine gewisse Zukunftsperspektive besaß, ihre eigene Utopie hatte. Das war die Utopie der Europäischen Union, es war die Utopie des Wohlstands, die Utopie westlicher Normalität. In diesem Sinne hatten die jungen Leute, selbst wenn sich ihre Ansprüche nicht vollständig verwirklichen ließen, doch zumindest positive Zukunftsaussichten, jedenfalls ihrer eigenen Ansicht nach. Nach einem Bonmot des französischen Historikers Hippolyte Taine sind es nicht die Armen, die Revolution machen, sondern die armen Juristen. Das bedeutet, ein revolutionäres Potenzial, ein Protestpotenzial gibt es vor allem unter der aufstrebenden, gebildeten oder in der Ausbildung befindlichen Mittelschicht, die ihre Ansprüche nicht realisieren kann. Sie ist die stärkste Kraft der radikalen Veränderung. In den 90er Jahren waren ihre Zukunftsperspektiven noch gut. In dem Moment, da die Europäische Union von einer Utopie zur Wirklichkeit Polens geworden ist, da die Arbeitsemigration, die in Polen massenhafte Ausmaße angenommen hatte, ihre Möglichkeiten, soziale Spannungen aufgrund der gesamteuropäischen Wirtschaftskrise zu entladen, gewissermaßen ausgeschöpft hat, hat dieses Frustrationspotenzial meiner Meinung nach begonnen oder es beginnt gerade, in zunehmendem Maße in ein Protestpotenzial überzugehen. Zugleich haben wir in der polnischen Mainstream-Politik eine Art Zweiteilung der Macht. Wir haben pragmatische Parteien, Parteien des Status Quo, der bürgerlichen Ansprüche und der Sicherung des gewohnten Standards. Auf der einen Seite ist das natürlich die Bürgerplattform von Ministerpräsident Donald Tusk, auf der anderen haben wir auch eine Partei,

die gewisse Ansprüche auf die Vertretung derjenigen erhebt, die irgendwie gescheitert sind, frustriert von der gegenwärtigen Situation, obwohl sie dies eher unter dem Motto einer gewissen Wiedergeburt der Nation tut, einer Stärkung der Souveränität, einer Eliminierung von Verrätern aus der Politik. So greift sie das Motiv auf, von dem Aleksander Smolar gesprochen hat, nämlich die Verschwörungstheorie um den Flugzeugabsturz von Smolensk. Dabei geht es vor allem um ein Komplott der polnischen Behörden und des polnischen Ministerpräsidenten mit dem russischen Ministerpräsidenten, das angeblich zum Tod eines Teils der polnischen politischen Elite in Smolensk geführt hat. Diese Zweiteilung der Macht erweist sich als außergewöhnlich unbrauchbar in einer Situation, da neue gesellschaftliche Herausforderungen auftauchen, neue wirtschaftliche Herausforderungen, da die Ansprüche der jungen Generation deutlich nicht realisiert werden. Frau Prof. Süsmuth hat gesagt, eine Polarisierung der Gesellschaft könne ein Volk sehr stark spalten, aber sie hat noch einen weiteren Nachteil. So blockiert sie im Fall Polens die Artikulierung gesellschaftlicher Probleme. Das kann man an dem interessanten Beispiel des Referendums aufzeigen, das kürzlich in Warschau stattgefunden hat. Dieses Referendum zielte auf die Ablösung der regierenden Stadtpräsidentin, die der Regierungspartei Bürgerplattform angehört. Seine ursprüngliche Idee bestand meiner Meinung nach darin, die Politik der Stadt in den Bereichen Kultur, Verkehr und verschiedenen anderen kritisch zu hinterfragen, die das Leben der Einwohner in verschiedener Weise beeinträchtigen, aber dieses Protestpotenzial, dieses Potenzial an Unzufriedenheit, in Gang gesetzt von Basisbewegungen, wurde weithin von der Mainstream-Politik vereinnahmt, das heißt, sowohl die Politiker der wichtigsten Parteien als auch die wichtigsten Medien stellten das Referendum nur als einen weiteren Akt des alten Konflikts zwischen Bürgerplattform und der Partei Recht und Gerechtigkeit dar, also zwischen Donald Tusk und Jarosław Kaczyński.

Ich glaube, dass das ein Symptom einer allgemeineren Entwicklung ist. In Polen gibt es viele Anzeichen dafür, dass dieses Protestpotenzial sich besonders in der jungen Generation entwickelt, dabei geht es vor allem um städtische Bewegungen, zugleich jedoch versucht die klassische Politik, die Politik alten Stils, die Parteipolitik, deren Potenzial zu vereinnahmen. Und



ich habe den Eindruck, dass wir uns zwei solchen Szenarien gegenübersehen, in denen sich die politische Situation entwickelt. Bei dem einen Szenario schafft es eine klassische politische Partei, eine Energie, eine Frustration, ein Protestpotenzial an der Basis zu kanalisieren und für die eigenen Zwecke zu instrumentalisieren. Berücksichtigt man den außen-

politischen Kontext, insbesondere die negativen Tendenzen einer »Renationalisierung« der Europäischen Union, würde ein solches Szenario, so fürchte ich, eine Stärkung nationalistischer und fremdenfeindlicher Politik bedeuten, in der der Staat und seine Eliten die gesellschaftliche Unzufriedenheit durch einen Diskurs kanalisieren, der verschiedene Minderheiten ausschließt und auf der Vision einer kulturell und religiös einheitlichen Nation basiert. Ein Nationalstaat kann sich dadurch legitimieren, er wird aber nicht unbedingt Handlungsfähigkeit und einen realen Einfluss auf den Gang der Dinge erlangen, insbesondere im sozialen und wirtschaftlichen Bereich.

Das zweite Szenario, das mir viel optimistischer und wünschenswerter erscheinen würde, ist ein Szenario, in dem Basisbewegungen, die meiner Überzeugung nach vor allem eine Antwort auf die sozio-ökonomische Situation darstellen, es schaffen, den Staat und die Mainstream-Politik zu einer Änderung der politischen Orientierung zu bewegen, zu zwingen. Aus der Perspektive der Linken gesehen, würde ich mir das eher in einer sozialdemokratischen Richtung wünschen, das müsste sich aber in der Politik natürlich nicht nur auf nationaler, sondern auch auf europäischer Ebene niederschlagen. Natürlich geht es mir hier nicht darum, den Staat durch neue soziale Bewegungen zu ersetzen, in absehbarer Zukunft glaube ich nicht an eine solche Perspektive, ich glaube jedoch an die Möglichkeit der politischen Gesellschaft – um den Begriff Bürgergesellschaft zu vermeiden, den ich nicht mag –, effektiven Druck auf die traditionellen staatlichen Strukturen auszuüben. Wenn es darum geht, welches dieser

Szenarien mir wahrscheinlicher erscheint, bin ich leider Pessimist, weil die politische und gesellschaftliche Vorstellungskraft, die im Allgemeinen in Polen vorherrscht, mich zu der These bringt, dass ein verstärktes Denken in nationalen, ja nationalistischen Kategorien eines starken nationalen Zusammenhalts wahrscheinlicher wäre. Dieser wäre natürlich nur scheinbar stark, wäre nur stark, indem er andere ausschließt und nicht aufgrund tatsächlicher sozialer Bindungen, wie sie wiederum diese neuen Bewegungen spontan von unten stiften könnten.

Und wovon hängt das jetzt ab? Wovon hängt dieses Stichwort empowerment ab, das Frau Prof. Süßmuth angeführt hat, die Stärkung der politischen Basisbewegungen? Meiner Meinung nach von drei Faktoren. Erstens ist das ein gewisser Kampf um eine Idee, ein Kampf um die Gestalt, um die dominierende Gestalt der gesellschaftlichen Phantasie, zumindest darum, welche Interpretationen unserer wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Krise vorherrschen werden, welche Erklärungen in den Medien, im öffentlichen Diskurs darüber vorherrschen werden, was die Ursachen der Krise sind, einfacher ausgedrückt, wer daran schuld ist. Aber auch davon, welche Lösungsvorschläge und Phantasien darüber dominieren werden, wer zu unserer Gemeinschaft gehört und wer nicht. Wie definieren wir Solidarität, und inwieweit ist sie für uns verbindlich? Sind wir nur im Rahmen unserer eng definierten nationalen Gemeinschaft solidarisch, die sich im Diskurs der Nationalisten in eine Stammesgemeinschaft verwandelt? Oder sind wir auch solidarisch mit denen, mit denen wir uns in einer gemeinsamen Abhängigkeit befinden, zumindest auf der Ebene der Europäischen Union? Der zweite Faktor, auch auf der Ebene der Ideen, ist der Aufbau einer überzeugenden Alternative und einer überzeugenden Utopie – ich zögere nicht, dieses Wort zu gebrauchen, obwohl dies eher eine Utopie im Sinne eines gewissen normativen Horizonts wäre, den wir versuchen anzustreben und der uns den Antrieb für ein kollektives gesellschaftliches Handeln gibt, um die Dinge zum Besseren zu wenden.

Und der dritte, der letzte Faktor, der zugleich wohl auch am schwierigsten herzustellen ist, ist das Finden einer organisatorischen Formel, einer institutionellen Formel für diese neuen sozialen Bewegungen, die den politischen Herausforderungen und dem Stand der technologischen Ent-

wicklung, vor allem der Kommunikationstechnologien, entspricht. Bisher scheint es so, dass die Institutionalisierung und Organisation das größte Problem dieser Basisbewegungen ist, was der vorübergehende Charakter von Bewegungen wie *occupy Wallstreet* oder der spanischen *indignados* belegt, kurz gesagt, geht es um die Entwicklung von Organisationsformen, die nicht dazu führen, dass eine spontane soziale Bewegung irgendwo als einmaliger Protest, einmalige Demonstration oder ein paar Wochen andauernder Aufenthalt in einer Zeltstadt verebbt. Ich glaube, dass es folgende drei Faktoren sind, die darüber entscheiden werden, in welche Richtung wir uns bewegen: der geistige Kampf um die Interpretation der Quellen und das Finden von Lösungen für die gegenwärtige Krise, der Aufbau einer überzeugenden Alternative für das, was ist, und drittens der Aufbau von Institutionen, die, wie ich betonen will, den neuen sozialen Bewegungen Ausdruck verleihen und Kraft geben würden. Ich danke Ihnen.

Piotr Buras: Vielen Dank, Michał, für deine Analyse. Das ist eine perfekte Überleitung zu dem europäischen Teil unseres Gesprächs. Du hast ein ziemlich düsteres Bild gezeichnet, obwohl du ein Linker bist, und du hast eben angedeutet, dass das, was heute eigentlich überall in Europa passiert, auch nach Polen überschwappen kann. Wenn wir uns die heutige Lage in Europa anschauen, ist sie tatsächlich nicht besonders beruhigend. Wir haben es mit einer Eurokrise zu tun, die viel mehr als eine Krise der gemeinsamen Währung und der Wirtschaft ist. Es ist eine Krise der Demokratie, eine Krise des Vertrauens in die Institutionen der EU, aber auch der Institutionen der Nationalstaaten, die eben nicht in der Lage sind, diese Krise zu meistern. Und wir beobachten heute eine Welle des Populismus, die in Europa heranzieht und die kommende Europawahl im nächsten Jahr prägen kann. Ulrich Beck, der bekannte deutsche Soziologe, hat heute in der FAZ gesagt: Hier schwindet der Glaube an europäische Werte. Meine Frage an Sie, Frau Schwan, Herr Smolar, ist: Sind wir tatsächlich schon so weit, dass Werte wie Freiheit, Gleichheit, Solidarität, die wir im Titel der Veranstaltung haben, in dieser Krise unter die Räder kommen? Oder ist es vielleicht nur eine Krise der Institutionen, die nicht imstande sind, diese Ideale zur Geltung zu bringen?

Gesine Schwan: Ich gehöre nicht zu denen, die in der Regel an Werteverfall und Geschichtspessimismus glauben. Ich habe den Eindruck, dass Werte in den jeweiligen neuen sozialen Konstellationen konkret anders erfahren werden, aber dass es ein paar grundlegende Werte gibt, dazu gehört der Respekt vor der Integrität der anderen Person, dazu gehört ein Sinn für Freiheit, ein Sinn für Gerechtigkeit, die sich über Jahrhunderte und auch in verschiedenen Kulturen immer wieder herausgestellt haben und die deswegen einfach nicht verloren gehen. Aber verloren gegangen ist sicher die Hoffnung darauf und das Vertrauen darein, dass solche Werte wie Gerechtigkeit und Freiheit, die ja einen sozialen und politischen Kontext voraussetzen, wo es ja nicht nur um Privates geht, dass die von nationalen oder von Länderpolitikern und kommunalen Politikern auch wirklich beachtet und umgesetzt werden. Dieser Glauben hat sehr gelitten. Das liegt aber, so behaupte ich, nicht daran, dass die Menschen, die Politik betreiben, heute schlechter wären als früher oder dass sie schlechter wären als die anderen Menschen in der Gesellschaft, sondern daran, dass das traditionelle politische Geschäft nicht genügend ausgestattet ist, die Probleme zu lösen, die die territorialen und die Gebietsgrenzen überschreiten, dessen, worüber einzelne Politiker entscheiden können.

Unsere Herausforderungen sind längst transnational. Da gibt es die psychologische Versuchung, dass man die Verunsicherung, die sowohl eine mental-psychologische ist, die das eigene Selbstwertgefühl angeht, als auch natürlich eine materielle, dass man diese Verunsicherung dadurch zu bekämpfen versucht, dass man sich am Nationalstaat und an der nationalen Identität und der nationalen Zugehörigkeit möglichst festhält und das ist ja bei der Partei Recht und Gerechtigkeit sehr stark der Fall. So eine her-vorgekehrte nationale Identität – das haben x sozialpsychologische Untersuchungen gezeigt – führt dazu, das Ich-Gefühl und das Selbstwertgefühl bei großen Verunsicherungen zu stärken. Außerdem kommt noch hinzu, dass man versucht, sich stärker zu fühlen, indem man Schwächere beißt, sie mit Häme bedeckt, gegen sie angeht. Diese Gefahr besteht und es gibt noch einen anderen Punkt. Wir haben 30, 35 Jahre, seit dem Ende der 70er, Anfang der 80er, hinter uns, wo im Zuge der ökonomischen Globalisie-

rung ein Geist der Berechnung, des Wettbewerbs, des Kampfs gegen einander um sich gegriffen hat, z.B. auch im Bildungssystem, sodass jetzt solche Werte wie Solidarität zwar ganz schön klingen, aber eigentlich kommt es nur darauf an, der Beste zu sein, und das heißt nicht: solidarisch sein. Und so eine Art kultureller Hegemonie eines betriebswirtschaftlichen und ganz eng kalkulatorischen Denkens beeinträchtigt natürlich die Fähigkeit, auch in der Gesellschaft, positiv zu wirken und sich auf Solidarität zu besinnen. Aber es gibt auf der anderen Seite, und da bin ich mit Rita Süßmuth sehr einig, gerade im Bereich der organisierten Zivilgesellschaft, aber auch z.B. beim sogenannten sozialen Unternehmertum Tendenzen, möglichst realistisch, aber doch wirksam Solidarität zu praktizieren, und zwar deutlich über die eigene Gruppe, über das eigene Land hinaus. Ich habe gestern bei uns in der Humboldt-Viadrina School of Governance eine interessante Sitzung gehabt, wo junge Leute, Geschäftsleute ein paar Jahre lang in Brasilien waren und dann gesagt haben: Eigentlich wollen wir hier nicht nur Unternehmen beraten, sondern wir wollen zusehen, dass dieser Kaffee, der in Brasilien ausgeführt wird – und ein Drittel des Kaffeexports auf der Welt kommt aus Brasilien, das ist ein riesiger Rohstoff in diesem reichen Land, neben dem Öl –, dass dieser Kaffee nicht einfach wie ein Rohstoff exportiert wird, sondern dass die gesamte Produktionskette, das Rösten usw., im Land erfolgt, dass dadurch eine ganz andere Diversifizierung der Arbeitsplätze geschieht und dass eine rechtliche Qualität der arbeitsrechtlichen Situation, also das, was wir im *Global Compact* haben, eingeführt wird. Das ist jetzt nicht nur individuelles Mitempfinden und Gefühl, sondern das ist eine sehr gut durchdachte Strategie, Solidarität zu üben und sie mit den praktischen Erfordernissen eines Unternehmens, das auch Gewinn machen muss, zu vereinbaren.

Und das ist gar kein Einzelfall, so etwas gibt es an vielen Stellen und auch dieses Denken in Zusammenhängen zeigt sich gerade bei einem Teil der jungen Menschen, die es satt haben, die Rhetorik zu hören und dann die Gegensätze zur Realität zu erleben, und die zugleich, anders als in den 60er Jahren, wo es ganz große Entwürfe gab, wo man die ganze Welt verändern wollte, alles sehr viel bescheidener angehen, aber doch systemisch in Zusammenhängen. Also nicht nur eine kleine Sache und eine kleine Hütte

aufbauen, sondern z.B. eben eine ganze Art von neuem Unternehmertum. Das ist die ganz uralte Frage nach dem Kolonialismus, wo viele Teile der Welt von Europa als Arsenal an Ressourcen, als Rohstofflieferant benutzt worden sind, den man zum eigenen Vorteil abschöpfte, und das muss man überwinden. Man kann und muss an solchen zeitgemäßen Aktivitäten und Initiativen von Solidarität anknüpfen, man muss die Werte in ganz andere Realitäten übersetzen.

Ich will noch eine kleine Realität nennen. In aller Welt wird, auch gerade bei uns, viel von der Pflege, von der Notwendigkeit der Pflege gesprochen. Meine Tochter arbeitet als Altenpflegerin. Da macht sie sehr viele interessante Erfahrungen über das Unterfutter unserer Gesellschaft, z.B. dass manche Ärzte alte Menschen gar nicht mehr behandeln wollen, auch manche Krankenhäuser, weil sie sagen, das ist sowieso ein Auslaufmodell, warum sollen wir da überhaupt noch untersuchen? Ob die nun Parkinson haben oder dement sind, ist eigentlich egal, sie sind nicht mehr produktiv. Das ist natürlich erschreckend. Und es ist in unserer Gesellschaft eine Unmenschlichkeit, die wir anderen Systemen zugeordnet haben und die viel subtiler ist und die sich mit Kosten rechtfertigt. Da gibt es aber dann doch eben andere, die sagen, das ist so gravierend, das ist ein solches Beispiel von Unmenschlichkeit, was ja dann nicht nur für den Sektor der Alten gilt, sondern für alle, die nicht produktiv sind, für Kranke, auch kranke Kinder, für Menschen mit Behinderung, aber sogar auch für Menschen aus dem Alltag, Frauen oder Männer, die gerade nicht arbeiten können; das heißt, alle die, die nicht rentabel, ökonomisch, produktiv sind, sind dann nichts mehr wert. Und ich denke, das wird allmählich immer mehr Menschen deutlich werden: dass man das erst auf Randgruppen – scheinbare Randgruppen, es sind ja ziemlich viele – abschiebt und dass man dann plötzlich merkt, man wird ja selbst Teil der Sache, wenn man plötzlich ausfällt. Und wie wir wissen, die Statistiken zeigen es, ist die größte Volkskrankheit in Deutschland, jedenfalls nach Aussage der Versicherungen, die Depression – nicht die Herzkrankheit, nicht der Krebs, es sind die Depressionen.

Ich möchte wirklich davor warnen, irgendwelche Ideen des Werteverfalls zu haben. Menschen haben da eine Ressource und auch eine Erfahrungswelt, wo sie zwar manchmal, wenn sie selbst gekränkt sind, den anderen

erst recht kränken, das kommt vor, aber wo sie auch einen Elan aufbringen und sagen, so eine unmenschliche Welt wollen wir nicht haben. Vor langer Zeit, in den 60er Jahren habe ich einen kleinen Text von Hannah Arendt gelesen, »Von der Menschlichkeit in finsternen Zeiten«, das war ein Vortrag, den sie bei einem Preis, den sie bekommen hatte, gehalten hatte. Und da hat sie gefragt, wie es unter totalitären Regimen mit der Menschlichkeit aussehe. Viel wichtiger ist es zu gucken, wie es in freiheitlichen Regimen mit der Menschlichkeit aussieht. Und da sollte man ganz genau hingucken und sich nicht eindusel'n lassen.

Aleksander Smolar: Ich möchte zwei Dinge miteinander in Verbindung bringen, die eng zusammenhängen. Einerseits die Frage der Werte, andererseits das Problem der Legitimität des europäischen Projekts, das heißt,



warum sind wir zusammen? Besitzen die Gründe, aus denen die Europäische Union geschaffen wurde, immer noch Gültigkeit? Ich beginne mit der zweiten Frage. Eine der wesentlichen Dimensionen der Krise in der Europäischen Union ist für mich zweifelsfrei die Schwächung praktisch aller Gründe, aus denen heraus die Europäische Union geschaffen wurde. Die EU wurde geschaffen – angefangen bei der Montanunion und weiteren Etappen, über die ich hier nicht reden werde – unter anderem mit Hilfe der USA einfach aus Angst vor der Vergangenheit, vor einer Wiederholung des Krieges, vor radikalen nationalistischen Bewegungen, vor Totalitarismen, aus Angst vor der Sowjetunion, aus Angst auch vor Deutschland. Ich habe über die Liliputaner gesprochen, jetzt spreche ich über Gulliver. Die Europäische Union war auch der Versuch der Liliputaner – der übrigen Staaten der Gemeinschaft –, Gulliver, d.h. die Deutschen, mit tausend Fäden und Abhängigkeiten einzubinden, um eine erneute Destabilisierung des Kontinents zu verhindern. Eine wichtige Rolle spielten dabei natürlich auch ökonomische Gründe: die Notwendigkeit, den Kontinent wirtschaftlich wieder aufzubauen.

Und alle diese Gründe sind mit der Zeit verschwunden oder haben sich sehr abgeschwächt. Niemand hat heute wirklich Angst vor einer Rückkehr des Krieges auf den europäischen Kontinent; selbst die tragischen Ereignisse auf dem Balkan spielten sich am Rande ab, außerhalb der Europäischen Union. Niemand hat heute wirklich Angst vor Russland. Natürlich kann Russland verschiedene unangenehme Dinge tun, und man muss dagegenhalten, aber niemand hat Angst vor traditionellen Formen der Aggression. Niemand in Europa fürchtet sich heute vor dem demokratischen Deutschland. Niemand fürchtet sich vor totalitären Bewegungen oder vor einer Rückkehr des radikalen Nationalismus. Selbst wenn wir heute von Populismen sprechen. Das ist übrigens interessant, dass wir oft, wenn wir von Populismen sprechen, dabei an die traditionellen rechtsradikalen Parteien denken; nicht immer, aber oft. Die überwiegende Mehrheit dieser Parteien betont jedoch ihren demokratischen Charakter. Es sind keine extremistischen Bewegungen wie die, mit denen wir es in den 30er Jahren des 20. Jahrhunderts zu tun hatten. Ein gewisser Verlust an Attraktivität der EU hängt auch mit der schwindenden wirtschaftlichen Dynamik der

gesamten Union zusammen. Deutschland bildet hier eine Ausnahme. Mit anderen Worten, alle Gründe, aus denen heraus die Europäische Union geschaffen wurde, haben sich abgeschwächt. Und nun ist ein Problem aufgetaucht: Welche anderen Gründe gibt es dafür, zusammen sein zu wollen, die Integration vertiefen zu wollen? Natürlich wollen die Menschen offene Grenzen haben, die Menschen wollen Frieden haben und sind zufrieden, dass es nicht mehr dieses Kräftemessen gibt, das wir in der Politik des 19. Jahrhunderts hatten. Gegenwärtig sind die Beziehungen zwischen den Völkern der EU transparent, sie beruhen auf der Suche nach Verständigung und Kompromissen, und das Problem der Aufrüstung der einen Staaten gegen die anderen gibt es nicht mehr. Das alles ist wahr, und das sind große Errungenschaften der EU-Staaten. Aber es ist jetzt schon Gegenwart, kann also keine Quelle der Mobilisierung insbesondere der jungen Generation mehr sein. Mobilisieren können neue Bestrebungen, neue Hoffnungen oder, um es in der Sprache von Sutowski zu sagen, neue Utopien. Natürlich glaube ich, dass es sehr wichtige Gründe gibt, warum Europa sich stärker integrieren sollte und die daraus resultierenden Bindungen so eng wie möglich sein sollten. Diese Gründe haben vor allem mit dem sich verändernden Charakter der Welt von heute zu tun. Wir leben in einer Welt, in der große Imperien entstehen. Es gibt die USA, die ihren Status halten und die Krise bestimmt überwinden werden, es gibt China, Indien und Brasilien. Das sind nicht die traditionellen Nationalstaaten, sondern große territoriale, ökonomische und politische Einheiten. Die einzelnen europäischen Staaten – selbst ein so großes Land wie Deutschland – sind zu klein, wenn man an die neue Gestalt der Welt, die neuen Formen des Wettbewerbs und möglicher Konfrontationen denkt. Nur gemeinsam können wir Einfluss auf unser kollektives Schicksal ausüben, nur gemeinsam können wir für die Gesellschaften unserer Länder einen angemessenen Status in der Welt erlangen.

Ein weiterer Faktor, der dabei eine wichtige Rolle spielt und spielen wird: Ich war ziemlich oft in den USA, vor kurzem auch in China; wenn man von außen auf Europa schaut, nimmt man interessanterweise immer weniger die einzelnen Nationalstaaten wahr. Natürlich spricht man, wenn es um Wirtschaft geht, immer noch von Deutschland. Immer häufiger benutzt

man jedoch den Begriff Europa. Ich erinnere mich, dass es im Frühjahr dieses Jahres viele verschiedene Wahlen in Europa gab, doch in der amerikanischen Presse war die Rede von Wahlen in Europa, irgendwelche lokalen Wahlen wurden mit nationalen Wahlen in ganz unterschiedlichen Ländern in einen Topf geworfen. Wir müssen uns bewusst machen, dass auch dies ein Faktor ist, der unsere Integration befördern wird; die Art und Weise nämlich, wie die Welt uns sieht, wird auch unsere Selbstwahrnehmung immer stärker beeinflussen. Noch zwei Worte zu den Werten. Gesine Schwan hat schon über das Problem der Solidarität gesprochen. Ich glaube, dass wir uns einer sehr dramatischen Veränderung und Schwächung der Solidarität gegenübersehen. Auf verschiedenen Ebenen ist eine Schwächung der Solidarität zu verzeichnen. Wenn wir das Auseinanderfallen von Staaten oder den möglichen Zerfall europäischer Staaten betrachten, so ist dies das Ergebnis einer Schwächung der Mechanismen der Solidarität im Rahmen der Nationalstaaten. Sichtbar wird die Gefahr für die staatliche Integrität Spaniens. Wenn Katalonien sich abspalten will, dann deswegen, weil es nicht für die ärmeren Regionen bezahlen will. Wenn die Tschechoslowakei auseinandergefallen ist, dann deswegen, weil das reichere Tschien nicht für die ärmere Slowakei bezahlen wollte. Natürlich haben auch andere Faktoren eine Rolle gespielt, auch im Falle Jugoslawiens. Slowenien und Kroatien haben sich als Erste u.a. deshalb abgespalten, weil sie nicht für Montenegro, Mazedonien oder Serbien zahlen wollten. Perspektivisch sehen wir einen möglichen Zerfall Belgiens und Großbritanniens vor uns. Man kann sich sehr wohl vorstellen, dass die entstehenden neuen Staaten weiter existieren können, und das sehr wohl im Rahmen der EU. In jedem Fall sind dieser Zerfallsprozess und sein mögliches weiteres Fortschreiten die Folge einer Schwächung der Solidarität. Auch in der Europäischen Union hat sich ja der Beitrag zum Haushalt auf ein Prozent verringert, und die reicheren Staaten wollen ihn noch weiter verringern. Der Konflikt in der EU zwischen dem Norden und dem Süden ist auch ein Konflikt um Probleme und Umfang der Solidarität. Europa sieht sich hier einem sehr gravierenden Problem gegenüber, und da bin ich kein Optimist. Ich glaube, dass der größere Wert auf die Frage der Effektivität, auf eine gewisse Kontrolle gelegt werden wird. Bundeskanzlerin Merkel hat dazu in einem Interview

interessante Äußerungen gemacht. Es müsse eine finanzielle Integration erfolgen, und es müsse eine fiskalische Kontrolle über die Nationalstaaten geben, wie sie mit den öffentlichen Finanzen umgingen, denn sonst könne das passieren, was die griechische Regierung der gesamten Europäischen Union durch eine unverantwortliche Finanzpolitik beschert habe; zugleich sagte Kanzlerin Merkel, es gebe keine Gründe für eine weiter fortschreitende politische Integration, sondern im Gegenteil, die Nationalstaaten sollten einen Teil ihrer Kompetenzen zurück erhalten. Das ist eines der möglichen Modelle für die Entwicklung Europas, in dem jedoch das Prinzip der Solidarität stark geschwächt würde.

Piotr Buras: Wir nähern uns langsam dem Ende der Diskussion, aber Herr Smolar hat gerade ein Problem angesprochen, das hier nicht unbeantwortet bleiben soll, und zwar das Problem der Demokratie und des demokratischen Defizits in der EU. Er hat davon gesprochen, dass die Effizienz heute der höchste Wert sei, und er hat die Konzepte der deutschen Bundesregierung angeführt, die Kontrolle über die Fiskalpolitik der EU-Mitgliedsstaaten zu stärken, ohne ein Äquivalent auf der demokratischen Seite zu haben. Wie ist dieses Dilemma zu lösen? Vielleicht ist es doch so, dass man die europäische Integration in den Nationalstaaten doch rückkoppeln soll? Dass die einzige Lösung, mit diesem demokratischen Defizit umzugehen, ist, die Nationalstaaten zu stärken, anstatt sich der Illusion einer supranationalen Demokratie hinzugeben?

Rita Süßmuth: Ich glaube, dass die Fragen, die Sie zur Demokratisierung in Europa angeschnitten haben, nicht der Ausgangspunkt waren für Europa. Denn wir haben ja jahrelang zusammengehalten und da sah es in den demokratischen Institutionen nicht so gut aus wie heute. Es ist etwas verändert worden, ich sage nicht endgültig verloren gegangen, aber in dem Maße, wie gerade wir auch in Deutschland den Menschen primär als Homo oeconomicus begreifen, bleibt von dem anderen zu wenig übrig. Wir denken dann immer, das kommt ja auch, das ist doch selbstverständlich, die Tradition liefert es doch mit, aber sie liefert es nicht mit. Das muss von jeder Generation neu erworben und vermittelt werden. Und wenn der Mensch

nur noch in Bezug auf seinen Status in der Gesellschaft, sein Einkommen zählt, dann verliert er den Blick für den anderen. Wir haben eine ganz wichtige Fähigkeit zumindest nicht mehr gepflegt. Wir haben viel gelernt vom Ich und wenig gelernt vom Wir. Und jedes Kind, jeder Erwachsene, ganz gleich, welchen Alters, sieht zunächst einmal sich selbst und wenn er keine Vorteile hat von dem, was er tut, dann macht er es auch nicht.

Trotzdem, und da gebe ich Gesine Schwan recht, ist bei all diesen Tendenzen gleichsam so etwas wie eine Gegenbewegung entstanden, die sagt: Das wollen wir nicht mehr. Es macht Spaß, mit einem Teil der jungen Generation Abende zu verbringen. Die haben Fragen. Gott sei Dank werden sie wieder gestellt. Bei Ralf Dahrendorf z.B. sind all diese Fragen schon aufgeworfen worden. Wir haben sie aber in den Archiven verschwinden lassen, obwohl sie uns heute viel mehr bedrängen. Ein Grund dafür war, dass wir das gute liberale Denken der großen Denker, die wir gefragt haben, auch nicht mehr haben. Die FDP wird jetzt wiederkommen in dem Maße, wie sie sich auf ihre Quellen, ihre Herkunft besinnt und die wieder aufarbeitet. Da gehörte z.B. nicht dazu: Hier die Wirtschaft und dort das Soziale, sondern Wirtschaft und Soziales bildeten eine Einheit. Und das hat sich vielen Menschen eingeprägt, bis in die Politik hinein. Wenn wir die junge Generation in Europa zurückgewinnen wollen, ist es allerhöchste Zeit, dass sich etwas ändert. Auf der EU-Ebene ist es noch wichtiger, dass wir die Gremien verändern. Die jungen Menschen sollen sehen: Für uns geschieht hier etwas, damit wir eine Perspektive haben. Das Sparprogramm war notwendig, aber das soziale Investitionsprogramm ist viel zu spät gekommen, die Hoffnung wurde immer weniger. Was wir da bisher getan haben, ist ein Tropfen auf den heißen Stein. Auch das, was wir jetzt für Spanien tun, wo wir schon wieder rechnen und fragen, was ist denn, wenn die nach einem Jahr weg sind? Bei uns geht es nur noch um costs and benefits. Und dieses Denken ist zu eng. Ich komme noch mal auf die Kopenhagener Kriterien für den Beitritt zur Europäischen Union zu sprechen.

Was Herr Smolar eben gesagt hat, dass es um die Herrschaft des Rechts geht, das geht uns kaum über die Lippen, weil es uns so selbstverständlich erscheint. Allenfalls denken wir – mir geht es jedenfalls so – ,dass die junge Generation, die wir gegen Putin demonstrieren sehen, weiß, was Willkür

heißt und wo Recht fehlt. Die Bindung an das Recht, auch an Regeln, die wir uns selbst geben und auch überprüfen, ist unverzichtbar. Wenn jeder macht, was er will, dann mag das nach Freiheit klingen, aber im Grunde genommen ist es nur Chaos. Die Bindung an das Recht ist eine Voraussetzung für das demokratische Prinzip, und das ist eigentlich eine wunderbare Perspektive. Ich würde da im Augenblick gar nicht so viel in Europa ändern, die nächste große Verfassungsreform wird viel später anliegen, warum verbinden wir nicht das europäische Parlament viel stärker mit den nationalen Parlamenten? Wir müssen nicht noch mehr Großorganisationen schaffen, sondern im Rahmen der Institutionen, die wir haben, die Beteiligung der nationalen Parlamente so ermöglichen, dass dabei ein demokratisches Europa zustande kommt. Da brauche ich doch nicht schon wieder eine neue Verfassung zu schaffen, die dann abgelehnt wird.

Wir beklagen die Kleinstaaterei. Ich möchte Ihren Blick aber auch darauf richten, wie weit das Interesse am Lokalen eine Folge der hohen Komplexität des Globalen ist. Wenn Menschen überhaupt nicht mehr wissen, wie das da eigentlich läuft, wenn sie es nicht mehr verstehen. Und ich bekomme oft zu hören: Das übersteigt meine Möglichkeiten. Wir haben uns auch eine spezielle Sprache angewöhnt, die Kürzel: EEG. Ich frage die Menschen z.B. oft, was das denn ist, das da bis Ostern Gesetz werden soll? Das weiß kein Mensch. Wir müssen uns mehr Mühe geben. So könnte etwa der Bürgermeister einer Stadt Plattformen bilden – vielleicht auch auf Stadtteile verteilt –, wo Bürgerinnen und Bürger zusammenkommen, um dort ihre Probleme, ihre Ideen zur Sprache zu bringen. Wir schaffen immer mehr Experten. Jede Entscheidung muss von einem Experten beraten werden. Wir müssen die Menschen wieder dazu befähigen, die Ideen, die sie haben, auch zu äußern, sonst kommen wir nicht weiter.

Diese Ideen, die wir von Europa verbreiten, der Subsidiaritätsgedanke, was die kleine Einheit erledigen und entscheiden kann, das muss nicht gleich wieder auf eine große Ebene gestellt werden. Es gibt aber Dinge, die wir auf der kleinen Ebene nicht mehr lösen können. Und dann ist es ganz wichtig, dass diese europäische Einheit die Probleme löst, die auf nationaler und auch auf lokaler Ebene nicht mehr gelöst werden können. Auf der anderen Seite: Wie viele Dörfer hätten schon aufgegeben, wenn da nicht Menschen

wären, und zwar junge wie ältere, die sagen: Wollen wir doch mal sehen, ob wir unser Dorf nicht doch erhalten können. Und deswegen wäre es aus meiner Sicht ganz wichtig, dass wir den Menschen mit ihrer Kreativität wieder stärker eine Stimme geben und sie anhören, und zwar so, dass sie sich ernst genommen fühlen. Wir brauchen keine Ausschussanhörung, das ergibt Berge von Papier und am Ende wird das Gesetz so gemacht wie ursprünglich gewollt. Das ist nicht demokratisch. Und von daher bin ich nicht pessimistisch, wenn wir nur ein bisschen mehr wagen. Auch von neuen Organisationsformen, die wir bisher eher verdrängen, könnte ja etwas Neues kommen. Als ich mit der Politik anfang, habe ich gelernt: Große Verbände können Sie anhören, aber bitte keine Bürgerinitiativen, das sind alles Querulanten. Und da denkt man doch: Das möchte ich mal wissen, ob das alles Querulanten sind. Neugier ist wirklich etwas, was weiterhilft. Und so habe ich gelernt, dass das keineswegs alles Querulanten sind, die gibt es natürlich auch, aber ich habe viel von denen gelernt, was man anders machen kann, als wir es bisher gemacht haben. Im Übrigen werden damit die Parteien überhaupt nicht abgesetzt, aber die Parteien müssen lernen, in eine neue Beziehung zu den Bürgern zu kommen.

Piotr Buras: Michał Sutowski zuallerletzt. Mehr Subsidiarität, eine stärkere Einbindung der nationalen Parlamente auf der EU-Ebene, mehr Bewegung von unten, wollen wir aber nicht mehr supranationale Demokratie wagen in der EU?

Michał Sutowski: Ja, der Streit über das Demokratiedefizit der Europäischen Union ist einerseits heute einer der interessantesten, andererseits ist er meiner Ansicht nach ein wenig ein Stellvertreterkonflikt. Und zwar deswegen, weil verschiedene Vorschläge auftauchen, die die Demokratie in der Europäischen Union wieder beleben sollen. Zum Beispiel, dass die Bürger den Vorsitzenden der Europäischen Kommission direkt wählen sollen, oder dass das Europäische Parlament größere Rechte erhalten soll, und das alles sind auch sehr interessante Vorschläge, nur treffen sie meiner Meinung nach nicht den Kern des Problems. Dieser besteht heute darin, dass die Demokratie in Europa sowohl auf der Ebene der Natio-

nalstaaten als auch der gesamten Europäischen Union eine sinnentleerte Demokratie ist, weil die Bürger durch demokratische Wahlen *de facto* nicht die Möglichkeit haben, einen der wesentlichen Bereiche zu beeinflussen, die insbesondere im Zusammenhang mit der Krise wichtig sind, also die Wirtschaftspolitik der einzelnen Staaten und der gesamten Europäischen Union. Die Vision, die Aleksander Smolar ansprach, die von Kanzlerin Angela Merkel vorgeschlagene oder geäußerte Vision einer Vertiefung der wirtschaftlichen Integration bei gleichzeitiger Übertragung von mehr Souveränität an die Nationalstaaten, also eine wirtschaftliche Integration ohne politische Integration, bedeutet meiner Meinung nach, die Souveränität der Nationalstaaten nur scheinbar zu stärken. Warum? Weil wenn wir eine wirtschaftliche Integration ohne politische Integration vollziehen, dies *de facto* bedeuten wird, dass die Wirtschaftsregierung auf eine technokratische Struktur übertragen wird und den Nationalstaaten alle Politikbereiche außer der Wirtschaft belassen werden.

Stellen wir uns einmal vor, welche Auswirkung das haben wird. Womit werden sich die Nationalstaaten beschäftigen, die mit Ausnahme der Wirtschaft über ein ausgedehntes Maß an Souveränität verfügen werden? Wahrscheinlich mit ihrer sogenannten nationalen Identität. Die Staaten werden versuchen, sich selbst zu legitimieren, ihre eigene Existenz und ihren Sinn zum Beispiel mit verschiedenen Ideen einer Neudefinition ihrer nationalen Identität zu begründen, mit der Schaffung verschiedenartiger scheinbar starker Bindungen, die wahrscheinlich vor allem auf dem Ausschluss bestimmter Gruppen aus der Gemeinschaft basieren werden; sie werden nicht auf der Schaffung starker realer Bindungen gesellschaftlicher Solidarität basieren können, denn dieser Aspekt der Politik wird nicht in ihrer Kompetenz liegen. Die gesellschaftliche Solidarität wird infolge des Bestehens einer technokratischen Wirtschaftsregierung der Europäischen Union in der Kompetenz von anderen liegen. Sie wird sich außerhalb des demokratischen Einflussbereiches befinden.

In diesem Sinne, um auf die These von Aleksander Smolar zurückzukommen, ob es heute Begründungen für das Funktionieren der EU gibt (und welche dies sind), kann man auf drei Hauptprobleme verweisen, von denen jedes einen Aspekt der Demokratie betrifft und mit denen, wie es scheint,

nur die Politik auf europäischer Ebene fertig werden kann. Das erste ist ein Aspekt der realen Wahl der Wirtschafts- und Sozialpolitik der eigenen Regierung und Gesellschaft. Ich glaube, dass angesichts der Globalisierung sowie der Macht der Großkonzerne die Schaffung realer Formen demokratischen Einflusses auf die Regierungen nur auf EU-Ebene möglich ist. Das zweite ist die Verbindung von sozialer und wirtschaftlicher Dimension, das heißt, die politische Koordinierung dieser beiden Dimensionen ist nur möglich auf europäischer Ebene. Und drittens gibt es das Problem der Souveränität oder besser der Funktionsfähigkeit einer Gesellschaft.

Die Souveränität, die Funktionsfähigkeit sehe ich nicht nur in dem Gegensatz Nationalstaat contra europäische Institutionen. Denn vergessen wir nicht, dass auch noch ein Gegensatz zwischen politischen, lokalen, regionalen, nationalen sowie wirtschaftlichen Akteuren existiert, von solchen also, die sich außerhalb der demokratischen Kontrolle befinden. Manche nennen sie Großkonzerne, andere bezeichnen sie noch abstrakter als Finanzmärkte. Wir können dies unterschiedlich benennen. Aber trotzdem gibt es ohne Zweifel einen gewissen Gegensatz zwischen Politik und Ökonomie im engeren Sinne oder zwischen den Interessen der Demokratie und den Interessen großer Wirtschaftsakteure. Auch glaube ich, dass die Europäische Union die einzige für uns erreichbare, in absehbarer Zukunft vorstellbare politische Ebene ist, bei der wir von einem elementaren Kräftegleichgewicht zwischen dem politischen Subjekt, zwischen der Demokratie, und den Wirtschaftsakteuren reden können.

Und somit gelange ich zu der Schlussfolgerung, dass das Hauptproblem der Solidarität auf europäischer Ebene – *die conditio sine qua non* dafür, dass man an eine politische Gemeinschaft auf europäischer Ebene denken kann – der Aufbau solcher Mechanismen der Solidarität nicht nur auf der Ebene unterschiedlicher ethnischer oder nationaler Gemeinschaften ist, denn bedenken wir, dass eine Segregation oder Ghettoisierung nicht nur auf der Ebene der Nationen und Ethnien, sondern auch auf der Ebene sozialer Klassen verläuft. Manche wohnen in geschlossenen Siedlungen; Sie kennen in Deutschland vielleicht das Phänomen abgeschirmter Wohnsiedlungen nicht so gut wie die Polen, denn in Berlin gibt es von diesen Siedlungen viel weniger als in Warschau. Trotzdem ist die Situation, in

der einzelne gesellschaftliche Schichten voneinander separiert, in Isolation voneinander wohnen, immer häufiger anzutreffen. Natürlich begünstigt diese Separierung, dass man keine irgendwie geartete Solidarität mehr mit anderen Gruppen verspürt und nicht mehr die wechselseitigen Abhängigkeiten wahrnimmt, die uns alle verbinden.

Das ist meine Schlussfolgerung, und das ist für einen Linken eine sehr pessimistische Äußerung; leider werde ich nicht klüger sein als Prof. Zygmunt Bauman, der darauf hingewiesen hat, dass bis zu einem gewissen Zeitpunkt in der Geschichte des industriellen Kapitalismus in unseren Gesellschaften natürliche Fabriken der Solidarität existierten, das waren die Arbeitsplätze, wo jeder sich mit eigenen Augen davon überzeugen konnte, wie stark die wechselseitigen Abhängigkeiten unter den einzelnen Menschen, den einzelnen Segmenten der Gesellschaft, waren. Ich glaube, dass solche Fabriken der Solidarität im Alltag zwischen Individuen, zwischen unterschiedlichen gesellschaftlichen Gruppen erst geschaffen werden müssen. Bis auf Weiteres sind wir in der sogenannten konzeptionellen Phase der Schaffung solcher Fabriken der Solidarität.

Piotr Buras: Wir sind am Ende unserer Diskussion angelangt und statt einer Zusammenfassung würde ich gerne zwei Schlussfolgerungen aus dieser Diskussion ziehen. Die eine ist nicht überraschend und ziemlich pessimistisch, die zweite ist nicht selbstverständlich und eher optimistisch. Die erste Schlussfolgerung ist, dass Georg Büchner leider tatsächlich ziemlich aktuell ist. Und die Themen, die ihm sehr am Herzen lagen, soziale Spaltungen, das Verhältnis zwischen Armen und Reichen, die Frage des Protestes, der Revolution, die sind heute wahrscheinlich aktueller denn je und das ist ziemlich pessimistisch. Die zweite, etwas optimistischere und, wie gesagt, nicht selbstverständliche Schlussfolgerung ist, dass Georg Büchner doch in einem Punkt falsch lag. Und zwar hat er, als er eine gewisse Bilanz seines Lebens zog, gesagt: »Die Gesellschaft mittels der Idee von der gebildeten Klasse heraus zu reformieren – unmöglich« und ich glaube, unsere Diskussion hier am Tisch hat bewiesen, dass wir die Eliten, die gebildete Klasse nicht so ganz abschreiben sollen. Wir haben hier bewiesen, dass einige Ideen doch im Umlauf sind und dass die gebildete Klasse imstande ist, uns

doch noch eine gewisse Hoffnung für die Zukunft zu geben. Dafür möchte ich mich bei Ihnen sehr herzlich bedanken und ich bitte um einen Applaus für die Teilnehmer dieser Diskussion. Ich bedanke mich natürlich auch bei Ihnen allen, dass Sie so zahlreich erschienen sind und dass Sie bis zum Ende dieser langen Veranstaltung hier mit uns waren. Beim Deutschen Polen-Institut bedanke ich mich dafür, dass es diese Veranstaltung möglich gemacht hat. Vielen Dank.

Teilnehmer

Prof. Dr. Rita Süßmuth

Bundestagspräsidentin a.D., seit 2005 Präsidentin des Deutschen Polen-Instituts. Sie studierte Romanistik und Geschichte in Münster, Tübingen und Paris, bevor sie ein Postgraduiertenstudium der Erziehungswissenschaft, Soziologie und Psychologie aufnahm. Sie übte zwischen 1966 und 1982 zahlreiche wissenschaftliche Tätigkeiten an der Pädagogischen Hochschule Ruhr, der Ruhr-Universität Bochum, der Universität Dortmund aus. Bevor sie in die Politik wechselte, leitete sie zwischen 1982 und 1985 das Forschungsinstitut Frau und Gesellschaft in Hannover.

Von 1985 bis 1988 war sie Bundesministerin für Jugend, Familie und Gesundheit (ab 1986 zusätzlich für Frauen), von 1987 bis 2002 Mitglied des Deutschen Bundestages.

Von 1988 bis 1998 war sie Präsidentin des Deutschen Bundestages. Von 2000-2001 saß sie der Unabhängigen Kommission Zuwanderung vor, von 2002 bis 2004 dem Sachverständigenrat für Zuwanderung und Integration. 2004-2005 gehörte sie der UN-Weltkommission für Internationale Migration an. Seit 2010 ist sie Präsidentin des deutschen Hochschulkonsortiums der Deutsch-Türkischen Universität in Istanbul.

Prof. Dr. Dr. h.c. Gesine Schwan

Kuratoriumsmitglied des Deutschen Polen-Instituts. Sie studierte Romanistik, Geschichte, Philosophie und Politologie an der Freien Universität Berlin und an der Universität Freiburg. 1970 promovierte sie an der FU Berlin. 1974 folgte die Habilitation an derselben Universität. Von 1977 bis 1999 forschte und lehrte Frau Schwan als ordentliche Professorin für Politikwissenschaft am Otto-Suhr-Institut der Freien Universität Berlin. Sie lehrte auch u.a. in Washington, Cambridge und New York. Von 1999 bis Herbst 2008 war sie Präsidentin der Europa-Universität Viadrina in Frankfurt/Oder und gehört zu den Initiatoren der Humboldt-Viadrina School

of Governance (HVSG), welche im März 2009 gegründet wurde, um seit dem 1. November 2009 den berufsbegleitenden Master of Public Policy anzubieten.

2004 kandidierte sie als Kandidatin von SPD und den Grünen / Bündnis 90 bei der Wahl des Bundespräsidenten und unterlag dabei nur knapp. Im Mai 2008 wurde Gesine Schwan erneut durch die SPD für das Amt der Bundespräsidentin nominiert. Der Amtsinhaber Horst Köhler hat die Wahl mit 613 Stimmen im ersten Wahlgang gewonnen. Von Januar 2005 bis September 2009 war Gesine Schwan Koordinatorin der Bundesregierung für die grenznahe und zivilgesellschaftliche Zusammenarbeit mit der Republik Polen.

Aleksander Smolar

Publizist und Politologe, stellvertretender Vorsitzender des Wissenschaftlichen Beirats des Instituts für die Wissenschaften vom Menschen in Wien. Er studierte Soziologie und Ökonomie an der Warschauer Universität. Von 1971 bis 1989 war er aus politischen Gründen im Exil zunächst in Italien, dann in Großbritannien und Frankreich. 1989 bis 1990 war er politischer Berater des damaligen Ministerpräsidenten Tadeusz Mazowiecki (verstorben am 28.10.2013), 1992 bis 1993 Berater für Außenpolitik der Ministerpräsidentin Hanna Suchocka.

Seit 1990 ist Aleksander Smolar Präsident der Stefan-Batory-Stiftung. Darüber hinaus ist er wissenschaftlicher Mitarbeiter des Nationalen Französischen Wissenschaftsforschungszentrums (CNRS) in Paris, sowie Mitglied des European Council on Foreign Relations (ECFR) und des International Forum Research Council in Washington

Michał Sutowski

Politologe und Publizist, Koordinator des Institute for Advanced Studies in Warschau. Er absolvierte sein Studium am College of Interfaculty Individual Studies in the Humanities an der Warschauer Universität. Sutowski beschäftigt sich unter anderem mit der Ideologie der demokratischen

Opposition in Polen, mit der Politik Russlands und Deutschlands, sowie mit dem politischen Denken von Carl Schmitt, Chantal Mouffe und Boris Kagarlicki. Er ist ebenfalls als Übersetzer vom Englischen und vom Deutschen ins Polnische tätig. Seine Texte werden zurzeit in den Tageszeitungen „Gazeta Wyborcza“ und „Rzeczpospolita“ veröffentlicht, vorher hat er Feuilletons für das Internetportal Wirtualna Polska (Virtuelles Polen) geschrieben. Er ist Redaktionssekretär und Mitglied des Verlagsteams der linken Zeitschrift Krytyka Polityczna.

Piotr Buras

Journalist, Autor und Experte in Fragen deutscher und europäischer Politik. Zwischen 2008 und 2012 arbeitete er als Kolumnist und Berliner Korrespondent für die angesehenen und auflagenstärkste polnische Tageszeitung Gazeta Wyborcza. (Herausgeber: Adam Michnik). Er begann seine berufliche Karriere in den späten 1990ern im Zentrum für Internationale Beziehungen in Warschau, einem der bedeutendsten polnischen Think-Thanks. Buras setzte seinen beruflichen Werdegang im Institut für Deutschlandstudien an der Universität Birmingham und im Willy-Brandt-Zentrum für Deutschland- und Europastudien der Universität Breslau fort. Er war Gastprofessor der Stiftung Wissenschaft und Politik in Berlin. Sein Buch *Muzułmanie i inni Niemcy* (Muslime und andere Deutsche) erschien 2011 in Warschau.

Freiheit Gleichheit Brüderlichkeit

16. Deutsch-Polnisches Podiumsgespräch des Deutschen Polen-Instituts

Onlinepublikation des Deutschen Polen-Instituts Darmstadt e.V.

Redaktion: Andrzej Kaluza, Jutta Wierczimok

Übersetzung: Ulrich Heiße

Fotos: Tomasz Czebatul

Umschlagmotiv: Dubbel Späth

Layout: Alicja Kurek

Darmstadt 2014